

Zur bundesweiten Kampagne „Der Deckel muss weg!“

Die volksfeindliche Gesundheitspolitik offensiv bekämpfen

Seit Mai gibt es ein bundesweites Aktionsbündnis zur „Rettung der Krankenhäuser“. Darin haben sich die Gewerkschaft Ver.di mit dem Deutschen Städtetag, der Bundesärztekammer BÄK, dem Beamtenbund und der Tarifunion dbb, dem Marburger Bund, dem Verband der Krankenhausdirektoren VKD und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände VKA unter Federführung der Deutschen Krankenhausgesellschaft DKG sowie dem Deutsche Pflegerat zusammengeschlossen.

In dem gemeinsamen Aufruf heißt es:

„Die engen gesetzlichen Vorgaben für die Finanzierung der Krankenhäuser und die Kürzungspolitik der Koalition auf der einen sowie die massiv steigenden Kosten auf der anderen Seite, treiben die Krankenhausträger immer mehr in eine aussichtslose Lage.“ Eine Kernforderung ist: Weg mit dem Deckel auf Krankenhausbudgets!

Bisher gab es schon zahlreiche regionale und örtliche Protestaktionen. Für den 9. 9. 08 sind bundesweit einheitlich in allen Krankenhäusern Belegschaftsversammlungen vorgeschlagen. Ein Höhepunkt ist am 25. 9. 08 eine bundesweite Kundgebung in Berlin. In vielen Kliniken erhalten Beschäftigte dienstfrei und bekommen den Tag bezahlt. Die Kampagne läuft bis Dezember.

Was sind die Hintergründe für diese Kampagne?

Seit 16 Jahren sind die Budgets für die Krankenhäuser an die Einnahmen der Krankenkassen gekoppelt. Das heißt, die Krankenhausaussgaben dürfen nicht höher steigen als die jährliche Grundlohnsumme. Natürlich sank diese durch den Fall der Reallohne, sozialversicherungsfreie Minijobs und die Massenarbeitslosigkeit. 2008 stiegen die Budgets für die Kliniken dadurch nur um 0,14 Prozent. Zugleich steigen die Ausgaben. Diese „Deckelung“ hat weitreichende Folgen:



Hunderttausende Beschäftigte im Gesundheitswesen beteiligten sich in den letzten Jahren an gewerkschaftlichen Streiks und Kämpfen, stellen Überlastungsanzeigen, sammeln Unterschriften bei Patienten für die Übernahme der Azubis usw.

1. Zahlreiche Krankenhäuser können die Kosten für Energie, notwendige Renovierungen oder auch die Erhöhung der Tarifgehälter immer weniger aufbringen. Ein Drittel ist von Konkurs bedroht. Mit dieser Politik werden sie reif für die Privatisierung durch Gesundheitskonzerne wie Sana, Helios, Rhönklinik gemacht oder müssen ganz schließen. Auch niedergelassene Ärzte sollen geschluckt und als Labor und Praxisgemeinschaften in diese Konzerne eingegliedert werden. Schon heute haben diese bereits 28 Prozent der Kliniken und 56 Prozent der Vorsorge- und Reha-Einrichtungen übernommen. Ein Löwenanteil der steigenden Kosten im Gesundheitswesen entsteht dadurch, dass wenige große Pharmakonzerne und Hersteller von medizinischen Geräten die Preise diktieren und Monopolprofite einheimsen. In Deutschland kosten z. B. Generika (nachgeahmte Medikamente) das Doppelte wie im internationalen Vergleich.

2. Gleichzeitig führte diese Politik zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung der Kassenpatienten beispielsweise durch die Einführung von Fallpau-

schalen, Bettenabbau, Leistungskürzungen für die Kassenpatienten. Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats konstatiert eine „massive Unterversorgung mit – zumindest in Einzelfällen – lebensbedrohlichen Folgen“. Gut ausgebildete Spezialisten konzentrieren sich in Kliniken auf die Privatpatienten. Für die Masse der Kassenpatienten ist der Zugang zu diesen Spezialisten verschlossen.

3. Es wurden von den Klinikleitungen massiv Stellen abgebaut. 16.500 Ausbildungsplätze und über 100.000 Arbeitsplätze, davon 50.000 in der Pflege, in den letzten zehn Jahren. Die Deckelung zwingt die Krankenhäuser, die Ausbeutungsoffensive zu verschärfen mit Niedrigstlöhnen, Leiharbeit und steigender Arbeitshetze. Die Folge für die Beschäftigten: „Wir sind am Ende unserer Kraft“ (aus Info des Betriebsrats des Klinikums in Leverkusen).

4. Die Budgetierung ist im Interesse der führenden internationalen Konzerne. Damit sollen die Kosten im Gesundheitswesen gesenkt werden, und die Umverteilung des Volkseinkommens zu ihren Gunsten

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

forciert werden. So wurde die Parität in der Zahlung der Krankenversicherungsbeiträge aufgehoben, was die Kapitalisten massiv entlastet.

Hängt unser Kampf davon ab, ob der „Deckel“ weg kommt?

Unter den Beschäftigten im Gesundheitswesen und speziell im Krankenhaus brodelt es und die Kampfbereitschaft ist gestiegen. Der Kampf für die Arbeiterinteressen kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob das Krankenhaus vom Staat genügend Geld zugewiesen bekommt. Mit dieser Logik müsste der Kampf „Weg mit Hartz IV“ von der Voraussetzung abhängig sein, dass als erstes der Etat des Bundesarbeitsministeriums erhöht wird.

Unsere Forderungen können wir nur durchsetzen mit Streiks und Kampfaktionen gegen die Krankenhaus-Konzerne und die Berliner Regierung. Die Forderung nach einem allseitigen und vollständigen gesetzlichen Streikrecht gehört mit dazu. Wir kämpfen auch nicht nur gegen die Budgetierungen im Gesundheitswesen, sondern gegen die gesamte Gesundheits-„Reform“, die wie die Hartz-Gesetze Bestandteil der Agenda 2010 der Bundesregierung ist. Die ganze Agenda muss weg! Deshalb ist es richtig, auch gewerkschaftlich für die bundesweite Demonstration der Montagsdemonstrationen am 8. 11. in Berlin aufzurufen!

Wie das Gesundheitswesen finanzieren?

Ver.di setzt dabei wie SPD, Grüne und Linkspartei auf die „Bürgerversicherung“. Mit der „Bürgerversicherung“, in die auch Selbständige, Beamte und Großverdiener einzahlen, soll der Beitragssatz bei den gesetzlichen Krankenkassen gesenkt werden. Dadurch werden die Unternehmer um Milliarden Euro direkt entlastet. Die „Bürgerversicherung“ ändert jedoch nichts am Grundproblem. Die großen Konzerne zahlen nur noch einen minimalen Anteil ihres Umsatzes in die Sozialversicherungen. Die Kosten explodieren, weil die Hersteller für Medizintechnik und die Pharmaindustrie Monopolpreise verlangen und dadurch Höchstprofite einstreichen.

Währenddessen werden die Leistungen für die breiten Massen immer mehr zusammengestrichen und der Eigenanteil bzw. Leistungen, die privat zu bezahlen sind, werden erhöht.

Gleichberechtigt und im Sinne der Überparteilichkeit von Ver.di muss in diese Diskussion die Position der MLPD eingebracht werden: Verbesserungen im Gesundheitswesen können nur auf Kosten der Profite erkämpft werden. Die MLPD tritt für eine 6-prozentige Sozialsteuer auf den Umsatz der Unternehmer ein. Dadurch würden die kleinen und mittleren Unternehmen erheblich entlastet und die Konzerne müssten erheblich mehr als heute bezahlen. Das würde ausreichen, um sämtliche Sozialausgaben zu decken.

Zugleich stellen wir infrage, dass sich das gesamte Gesundheitswesen am Maximalprofit der internationalen Konzerne orientiert. Für eine gründliche und kostenlose medizinische Vorsorge, Betreuung und Behandlung sind heute alle materiellen Voraussetzungen geschaffen. Damit Wissenschaft, Technik, Produktivitätssteigerungen tatsächlich der Masse der Bevölkerung zu Gute kommen, muss die Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden.

Die eigene Rechnung aufmachen!

Die MLPD schlägt vor, die Demonstration am 25. September und ihre Vorbereitung für eine breite Auseinandersetzung darüber und ein entsprechendes offensives Kampfprogramm zu nützen:

- Neueinstellungen und Verteilung der Arbeitslast durch die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Einführung des 6-Stunden-Tags an den Kliniken in vier Schichten!
- Übernahme aller Azubis entsprechend ihrer Ausbildung und Durchsetzung einer 10-prozentigen Lehrstellenquote!
- Durchsetzung einheitlicher Flächentarifverträge einschließlich der privatisierten Betriebe!
- Weg mit Hartz IV, Ein-Euro-Jobs und Billiglöhnen! 10 Euro Mindestlohn!
- Für eine zirka 6-prozentige Sozialsteuer auf die Umsätze der Unternehmer!
- Gründliche und kostenlose medizinische Vorsorge, Betreuung und Behandlung!
- Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!
- Organisiert euch in der MLPD!

Eine Partei der Zukunft – ich will dabei sein

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
- ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement der „Roten Fahne“
- informiert werden über
-



Abo mit folgender Zahlungsweise

- monatlich 5,00 €
(nur bei Bankeinzug)
- vierteljährlich 15,00 €
- halbjährlich 27,50 €
- jährlich 50,00 €
- Förderabo 50+ €
(z. B. +25 Oder +50 E, frei festzulegen; u. a. zur Finanzierung der Sozialabos)

- Einzelexemplar 1,50 €**
- Probeabo vier Wochen kostenlos**

Sozialtarif für Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene

- Jahresabo Sozialtarif 28,50 €
- Halbjahresabo Sozialtarif 15,00 €
- Vierteljahresabo Sozialtarif 8,50 €
- Jahresabo im Sozialtarif 34 €
- Einzelversand im Umschlag (Aufpreis 0,20 €/pro Ausgabe; 10 € im Jahr)

Bitte senden an: Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen
(Alle Angaben werden vertraulich behandelt.)